



Asiens Aufstieg: Herausforderung und Chance für uns

Wir setzen auf universelle Werte,
nachhaltiges Wachstum und Stabilität

Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag zur Asienpolitik

Beschluss vom 16. Oktober 2012

Nur wenige Jahre sind seit dem Erscheinen unserer ersten Asienstrategie vergangen. Unverändert setzt sich der Aufstieg Asiens bis auf einige Krisenregionen fort. Er ist für uns Deutsche und Europäer Herausforderung und Chance zugleich. Herausforderung in dem Sinne, dass wir gefordert werden. Chance in dem Sinne, dass von Asien intellektuelle und kulturelle sowie wirtschaftliche Impulse ausgehen, die uns alle reicher machen. Chance aber auch in dem Sinn, dass sich die Gemeinschaft derjenigen Staaten vergrößert, in denen Demokratie, Menschenrechte und die Herrschaft des Rechts zu Hause sind. Gleichzeitig wird nur ein weiter prosperierendes Asien dafür sorgen, dass sich die einst zahlreichen Krisenherde in Asien weiter reduzieren und der Kontinent ein geopolitisch stabiler Raum wird.

Gerade für uns Deutsche zeigt es sich im Alltag, wie wichtig Asien geworden ist. Egal ob Exportboom, Solarenergie, der Umbruch in Arabien, der Ölpreis oder die Versorgung mit sonstigen lebensnotwendigen Rohstoffen. Überall haben asiatische Mächte mit zu reden und zu entscheiden. Was heute in Asien entschieden oder entwickelt wird, hat Auswirkungen, die uns alle betreffen. Die Zeiten, in denen es egal war, ob „in China ein Sack Reis umfällt“, sind definitiv vorbei.

Deshalb sind regelmäßiger Austausch und enge Zusammenarbeit unerlässlich geworden. Deutschland, als ein Land weitgehend ohne koloniale Vorbelastung, genießt als viertgrößte Volkswirtschaft der Erde und als verlässlicher Partner, der gerade mit der Energiewende ein international bedeutsames Zeichen gesetzt hat, in Asien einen besonders guten Ruf. Wir sind ein begehrter Gesprächspartner. Diesem Ruf wollen und müssen wir gerecht werden und unsere Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit in Asien weiter ausbauen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den letzten Jahren diesen Prozess mit zahlreichen hochrangigen Reisen, Kongressen und Gesprächsrunden nachhaltig unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun. Wir wollen mit den Völkern Asiens immer enger zusammenarbeiten. Im Dialog auf der Grundlage unserer wertebundenen außenpolitischen Ziele wollen wir gemeinsame Interessen definieren und dadurch den Weg zu gemeinsamer globaler Verantwortung gehen.

Leitbild: Universelle Werte, nachhaltiges Wachstum und eine stabile Weltordnung

Wir wollen die Beziehungen mit den Völkern Asiens auf der Basis universeller Werte intensivieren, gemeinsam für nachhaltiges Wachstum, materielles Wohlergehen dieser und zukünftiger Generationen und eine stabile Weltordnung, die Menschen in Freiheit, Frieden und Sicherheit leben lässt, eintreten.

Dabei können drei übergeordnete Interessenfelder der deutschen Asienpolitik identifiziert werden:

- langfristige Partnerschaften;
- freier Welthandel und Sicherstellung von fairem Wettbewerb;
- eine global von allen, entsprechend ihren Möglichkeiten, wahrgenommene Verantwortung für den Ressourcen- und Umweltschutz.

Die deutsche und europäische Asienpolitik muss sich an unserem langfristigen Interesse orientieren, in Asien sowohl bei den Bevölkerungen als auch bei den Regierungen verlässliche Partner zu gewinnen. Solche Partnerschaften können auf Dauer nur auf der Basis gemeinsamer Werte und geteilter Überzeugungen gedeihen. Dies bedingt einen regelmäßigen Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit unseren Partnern auf politischer und fachlicher Ebene. Auf fachlicher Ebene möchten wir ihn auch im Kontakt zwischen unseren politischen Stiftungen und vergleichbaren Einrichtungen in asiatischen Ländern vertiefen.

Nur wenn Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte sich weltweit weiter ausbreiten und verfestigen, können wir erwarten, dass in einer möglichen zukünftigen Weltordnung, in welcher der asiatische und nicht-westliche über den euro-atlantischen und westlichen Einfluss dominiert, unsere Vorstellungen von einer humanen Zukunft geteilt und verwirklicht werden und auch die berechtigten Interessen der Menschen in Deutschland und Europa angemessene Berücksichtigung finden.

Grundlagen der Zusammenarbeit

Deutschland hat seit Veröffentlichung unserer ersten Asienstrategie seine Beziehungen mit wichtigen Partnern in Asien weiter entwickelt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vor allem im Rahmen von hochrangigen Besuchen den Willen zu vertiefter Kooperation deutlich gemacht.

Als bewusst christliche Parteien, deren Politik auf dem christlichen Menschenbild beruht, sind für uns Menschen Geschöpfe Gottes, die seinen Geboten unterstehen. Wir möchten unsere Partnerländer bei der Umsetzung universeller Menschenrechte und rechtsstaatlicher Grundsätze unterstützen – und sind ebenso offen für Anfragen hinsichtlich unserer Praxis, beispielsweise zum Umgang mit Migranten oder Muslimen in unserer Gesellschaft.

In diesem Sinne gilt unser besonderer Einsatz dem Schutz der Religionsfreiheit in ganz Asien. Wir werden die Religionsfreiheit auch in Zukunft bei offiziellen Gesprächen einfordern, Opfer von Verletzungen dieses Grundrechts unterstützen und den Dialog mit den Religionsgemeinschaften suchen und fördern.

Rechtssicherheit, funktionierende Justiz und eine verlässliche, rechtsgebundene Verwaltung sind Voraussetzungen für eine nachhaltig prosperierende Wirtschaft. Die beste Garantie für Wohlstand und Sicherheit ist eine Welt verantwortungsvoll geführter demokratischer Staaten. Die Verbreitung von verantwortungsvoller

Staatsführung, die Unterstützung dazu dienender sozialer und politischer Reformen, die Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch, die Einführung von Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte sind entscheidend für das Wohlergehen der Menschen in allen Staaten.

Südkorea etwa ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie in Asien wirtschaftlicher Erfolg und politische Reformen einhergehen können. In jüngster Zeit hat auch die Regierung Myanmars mit Reformen neue Entwicklungschancen für das Land eröffnet. Wir begrüßen, dass die Europäische Union die Sanktionen gegen Myanmar vorübergehend aufgehoben hat. Für Myanmar bedeutet diese Entwicklung eine enorme Chance. Deutschland und die EU sollten sich darum durch Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit besonders engagieren.

Entwicklungen seit 2007

Die Führungen der meisten Staaten Asiens sehen wirtschaftliches Wachstum und die Mehrung von Wohlstand als ihre primäre Aufgabe. Einige Staaten wie Japan, Südkorea, Australien oder Singapur gehören bereits zu den höchstentwickelten der Erde. Schwellenländer wie China, Indien und Indonesien haben sich seit 2007 wirtschaftlich rasant entwickelt. Andere gehören noch zu den am wenigsten entwickelten Ländern und streben wie Bangladesch, Kambodscha, Laos, Myanmar oder Afghanistan danach, sich aus der Armut zu befreien. Entsprechend unterschiedlich sind die Interessen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt seit 2008 die Vereinigten Staaten und die Mitgliedstaaten der EU vor die Herausforderung, ihre öffentlichen Haushalte ins Gleichgewicht zu bringen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Sie stellt vor allem die Staaten Asiens mit großen Außenhandelsüberschüssen und Devisenreserven vor die Frage, wie sie in einer globalisierten Welt auch im eigenen Interesse noch mehr internationale Verantwortung übernehmen können.

Die politischen Verhältnisse in Asien sind in einer Phase des Umbruchs. Die Mitgliedstaaten ASEANs haben am 20. November 2007 in Singapur durch die Verabschiedung der ASEAN-Charta das Ziel bekräftigt, die regionale Zusammenarbeit im Rahmen einer ASEAN-Gemeinschaft auf der Grundlage der Prinzipien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, Respekt für und Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu vertiefen. Anders als die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Europarates stellen die ASEAN-Staaten aber in der Präambel der Charta und ihren Beziehungen die Prinzipien der Souveränität und Nichteinmischung, sowie Konsens und Einheit in Vielfalt voran. Die Europäische Union ist dagegen 2009 mit dem Vertrag von Lissabon einen Schritt weitergegangen und hat sich mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst ein neues Instrument für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen.

Es gibt bei der Umsetzung der ASEAN-Charta bedeutende Fortschritte wie in Myanmar, das dabei ist, eine jahrelange Militärdiktatur zu überwinden. Die Nachwahlen für das Parlament am 1. April 2012 waren eine entscheidende Bewäh-

rungsprobe für die Ernsthaftigkeit des eingeschlagenen Demokratisierungsprozesses und die Glaubwürdigkeit der Regierung. Die Wahlen waren friedlich und weitestgehend fair, der Wahlsieg der Opposition wurde anerkannt. Es ist eine erstrangige Aufgabe, diesen Wandel durch die Förderung von Privatwirtschaft, Infrastruktur, Agrarwirtschaft, Gesundheit, Bildung und des Bankensektors zu unterstützen.

Mit Interesse verfolgen wir zudem die Entwicklung der Shanghaier Kooperationsorganisation (SCO), der China, Russland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan angehören.

Sicherheit und Stabilität

Wir wollen eine Weltordnung, in der Menschen in Freiheit, Frieden und Sicherheit leben können.

Sicherheit und Stabilität in Afghanistan

Sicherheit und Stabilität in Afghanistan stellen die größte sicherheitspolitische Herausforderung in Asien dar. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat darauf hingewirkt, dass der Diskussionsprozess über die Ziele, die Deutschland in Afghanistan verfolgt, in regelmäßige Fortschrittsberichte der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan mündet. Beim NATO-Gipfel von Lissabon und bei der Bonner Konferenz Ende 2011 haben die Islamische Republik Afghanistan und die internationale Gemeinschaft das Ziel für Afghanistan gesetzt, dass Frieden und Zukunftschancen für alle Afghanen im Zentrum einer sicheren und prosperierenden Region stehen sollen. In Afghanistan dürfen Terroristen nicht wieder ein Rückzugsgebiet finden.

Ende 2014 wird die Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände vollzogen sein. Ohne weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird es aber keine dauerhafte selbsttragende Sicherheit in Afghanistan geben. Diese Transformation ist eine Generationenaufgabe, der Deutschland sich gemeinsam mit seinen Partnern stellt und für die auch Staaten Asiens Verantwortung tragen.

Regionale Konflikte in Asien managen und langfristig lösen

Konflikte in Asien wie in Afghanistan, Spannungen wie auf der koreanischen Halbinsel und ungelöste Territorialkonflikte können das von allen Regierungen Asiens geteilte Ziel einer stabilen Weltordnung in Frage stellen.

Zwischenstaatliche Konflikte

Das aggressive Verhalten des nordkoreanischen Regimes provoziert immer wieder Krisen. Deutschland und die EU wollen ihre Partner bei Eindämmung dieses Konfliktpotenzials und der Arbeit an einer Lösung unterstützen. Die Bundesregierung sollte ihre Bemühungen um die Verminderung der Eskalationsgefahr auf der koreanischen Halbinsel fortsetzen, besonders vor dem Hintergrund nuklearer Bedrohungen. Ein Beispiel hierfür ist die Abrüstungsinitiative „Gruppe der Freunde des Nichtverbreitungsvertrages/Friends of the Non-Proliferation Treaty“, die Deutschland gemeinsam mit Japan und Australien ins Leben gerufen hat

Zwischenstaatliche Konflikte bestehen in Asien auch aufgrund ungeklärter Territorialansprüche vor allem im südchinesischen Meer, ungeklärter Grenzfragen zwischen Indien und China, Indien und Pakistan sowie Kambodscha und Thailand.

Hier kann sich die EU als Mediator anbieten. Wir begrüßen daher einen Beitritt der EU zum Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien, dessen Mitgliedstaaten sich zur friedlichen Beilegung von Konflikten verpflichten. Erfolgversprechend sind hier Lösungsansätze, die neben dem zwischenstaatlichen Dialog auch nicht den Regierungsbereichen verpflichtete Personen in Lösungsprozesse einbeziehen (sog. Track-Two Diplomatie). Der sicherheitspolitische Dialog unterhalb der Regierungsebene mit Asien, der bereits seit längerem mit Singapur und anderen ASEAN-Staaten und jetzt auch mit China, Japan und Indien besteht, sollte forciert werden.

In Zentralasien, zwischen Indien und China oder zwischen China und den südostasiatischen Festlandstaaten, bergen Interessengegensätze um Wassernutzung und -verteilung Konfliktpotenzial. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung in diesen Regionen Institutionen dabei unterstützt, ein nachhaltiges regionales Wassermanagement einzurichten. Dies verbindet Fragen der Wassernutzung mit Energie- und Umweltfragen.

Innerstaatliche Konflikte – Pirateriebekämpfung

Neben Afghanistan sehen sich auch eine Reihe anderer Staaten – Philippinen, Indonesien, Thailand, Bangladesch, Indien und Pakistan – durch islamistisch motivierte Aufständische oder Terrorgruppen herausgefordert.

Besonders groß ist die Herausforderung für Pakistan. Pakistan spielt eine entscheidende Rolle für die Stabilität Süd- und auch Zentralasiens. Weder eine Lösung des Kaschmir-Konflikts mit Indien, wo endlich ein erfolgversprechender Friedensprozess in Gang gekommen zu sein scheint, noch eine dauerhafte Befriedung Afghanistans ist ohne ein stabiles Pakistan möglich.

Ethnische oder religiöse Binnenkonflikte stellen zahlreiche Staaten in Asien langfristig vor Herausforderungen, die auch international ausstrahlen können.

Vielvölkerstaaten wie Indonesien, Myanmar oder die Philippinen sind davon besonders betroffen. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung und deutsche Nichtregierungsorganisationen Unterstützung bei der Konfliktlösung anbieten.

Piraten, die auch in Asien die Sicherheit des Seeverkehrs bedrohen, fordern die Anrainerstaaten heraus. Besonders dem Seeweg um die malaiische Halbinsel durch die Straße von Malakka kommt dabei weltpolitische Bedeutung bei. Wir unterstützen Bemühungen und Maßnahmen, welche die Partner in Asien dazu befähigen, effektiv gegen die Piraterie vorzugehen.

Wertepartner und deren Bedeutung für eine vertiefte Zusammenarbeit

Deutschland sollte sich beim Ziel einer stabilen Weltordnung zuerst an die Partner wenden, die das Verständnis von den Grundlagen dieser Weltordnung teilen.

Unser Bündnispartner USA hat deutlich gemacht, künftig in der asiatisch-pazifischen Region einen stärkeren strategischen Schwerpunkt zu setzen. Das kontinuierliche Engagement der USA begrüßen wir, ebenso wie die Mehrzahl der asiatisch-pazifischen Staaten. Für sie steht das amerikanische Engagement als Sicherheitsgarantie im Vordergrund.

Für Deutschland und die Europäische Union ist vor allem das langfristige Engagement der USA für Sicherheit und Stabilität in Afghanistan und Zentralasien strategisch entscheidend notwendig. Hier kann es nur durch gemeinsames Engagement mit den USA gelingen, Stabilität zu gewährleisten, wenn die Sicherheitsverantwortung ab 2014 auf die afghanische Regierung übergegangen ist.

Zahlreiche Staaten in Asien haben sich für demokratische Verfassungen entschieden, was die Zusammenarbeit mit ihnen in vielfacher Hinsicht erleichtert. Indien, Japan, Südkorea, Neuseeland und Australien sind seit langem Beispiele dafür. In der Außen- und Sicherheitspolitik teilen wir gemeinsame Interessen. Deshalb wollen wir besonders eng mit diesen Partnern zusammenarbeiten.

Deutschlands Beziehungen zu Indien haben seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor sechs Jahrzehnten ein beständiges Fundament. Indien ist unser strategischer Partner in Fragen der Sicherheitszusammenarbeit und bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Tatsache, dass Deutschland und Indien derzeit über einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat verfügen, erlaubt es uns, gemeinsam die Reform der Vereinten Nationen voranzubringen.

Besonders unser Wirtschaftspartner Japan sieht sich mit ähnlichen Fragen konfrontiert wie wir, beispielsweise nachhaltige Energieversorgung oder eine alternierende Gesellschaft. Dies macht einen dauerhaft vertieften Dialog besonders lohnend. Auch beim Handel zwischen der dritt- und viertgrößten Wirtschaftsmacht der Erde gibt es noch große Potentiale. Bei der wirtschaftlichen und politischen

Zusammenarbeit stehen für uns die bilateralen Beziehungen zu den ASEAN-Mitgliedsländern wie Singapur, Malaysia, Thailand und Vietnam und anderen im Vordergrund.

Strategischer Partner China

China ist aufgrund einer Vielzahl gemeinsamer Interessen strategischer Partner Deutschlands und der EU. Deutschland und China pflegen eine sehr aktive Partnerschaft, für die die Wirtschaftsbeziehungen ein tragendes Element bilden. Bilaterale Kabinettsitzungen sind Ausdruck der besonderen Bedeutung der deutsch-chinesischen Beziehungen.

China will und wird einen eigenen Weg gehen. Wir würdigen die enormen Leistungen Chinas, werden unsere vielfältige Zusammenarbeit weiter intensivieren und setzen uns dafür ein, dass in China die Gewährleistung der universellen Menschenrechte für alle Bürger Geltung bekommt. Dies geschieht in der Gewissheit, dass anstehende Herausforderungen nur noch gemeinsam gelöst werden können.

In der Zeit seit 2007 hat das Auftreten chinesischer Politiker und Militärs in regionalen Konflikten wie dem Territorialkonflikt im südchinesischen Meer oder um die Senkaku-/Diaoyu-Inseln mit Japan Befürchtungen geweckt, China könne einen Anspruch auf regionale Dominanz entwickeln und seine Interessen mit wirtschaftlichem Druck oder gar mit militärischen Mitteln gegenüber Staaten in der Region durchsetzen. Wir sprechen uns für eine multilaterale Lösung auf der Grundlage geltenden Völkerrechts, insbesondere der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen, aus.

Die Situation in Tibet bleibt angespannt. Das Verhältnis der Volksrepublik China mit Taiwan hingegen hat sich seit 2007 erheblich verbessert. Wir begrüßen dies auch mit Blick auf die Ein-China-Politik Deutschlands, die wir unterstützen. Militärmanöver, die Angriffe der Volksrepublik China auf Taiwan simulieren, zeigen aber beispielhaft, welches Eskalationspotenzial in dem Verhältnis weiterhin gegeben ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht eine große Herausforderung darin, die transpazifische Konkurrenz zwischen den USA und der Volksrepublik China so zu gestalten, dass sie den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen beider Seiten nicht im Wege steht.

Multilaterale Kooperation Europa - Asien

Die Zusammenarbeit mit ASEAN hat für Deutschland und die EU besonderen Stellenwert. Wir setzen uns dafür ein, die regionale Kooperation weiter zu stärken und langfristig die EU-ASEAN Kooperation zu vertiefen. Dafür bestehen beidseitige politische und wirtschaftliche Interessen. Die Zusammenarbeit kann auf langjähriger erfolgreicher Kooperation aufbauen.

Das Asia-Europe Meeting (ASEM) ist in der jetzigen Form eine Plattform für Austausch und Vernetzung und kann dem differenzierten Fachdialog dienen.

Deutschland und die EU können im Rahmen des EU-ASEAN-Dialogs und des ASEAN Regional Forums (ARF) ihren politischen Willen für eine Vertiefung der Zusammenarbeit demonstrieren und gemeinsame Sicherheitsinteressen fördern. Dazu sollte die Bundesregierung den Aktionsplan zur Nürnberger Erklärung von 2007 nutzen. Kernbereiche der Erklärung sind eine intensive politische und sicherheitspolitische Kooperation, der Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und eine intensive Zusammenarbeit bei grundlegenden globalen Fragen, wie zum Beispiel Energie- und Umweltfragen.

Wir wollen, dass die EU am East Asia Summit (EAS) beteiligt wird, das auf höchster politischer Ebene für die Vertretung der Ziele und Interessen in Asien wichtig ist. Auch deshalb müssen Deutschland und die EU noch deutlicher den Willen zu langfristigem politischem Engagement demonstrieren.

Kooperation mit den Staaten Zentralasiens – EU-Engagement verstärken

Die zentralasiatischen Staaten haben sich mit dem Beitritt zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu den Werten, Normen und Verpflichtungen dieser Organisation bekannt. Sicherheitsinteressen, die Abhängigkeit der EU von Rohstoff- und Energiequellen und die Notwendigkeit einer Politik der diversifizierten Energieversorgung erfordern mehr Engagement der EU in der zentralasiatischen Region. Die Rohstoffpartnerschaften Deutschlands mit Kasachstan und der Mongolei zeigen neue Formen und Chancen der bilateralen Zusammenarbeit.

Wir wollen diese Zusammenarbeit ausbauen und dabei an die 2007 während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft beschlossene EU-Zentralasienstrategie anknüpfen. Die Koordinierung mit der OSZE bietet dabei neue Möglichkeiten.

Asien-Expertise pflegen und ausbauen

Deutschland und Europa brauchen Fachleute, welche die Entwicklungen in Asien genau verfolgen und verstehen. An Schulen und Hochschulen müssen mehr Kenntnisse über Asien vermittelt werden. Der Trend, asienbezogene Wissenschaftseinrichtungen zu verkleinern oder zu schließen, muss gestoppt und umgekehrt werden.

Think Tanks können ihre politikberatenden Aufgaben nur dann optimal erfüllen, wenn die Arbeit ihrer Experten an praktischen und nicht nur akademischen Standards gemessen wird. Die Bundesregierung sollte daher einen Karriereweg ermöglichen, der es Asien-Experten aus den Think Tanks erlaubt, zeitweise in Ministerien für fachspezifische Beratungstätigkeiten zu rotieren.

Herausforderung Cybersicherheit

Cybersicherheit ist eine gemeinsame Herausforderung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Häufig gehen Angriffe von Servern in der Volksrepublik China aus und zielen auf wirtschaftliches Know How und Regierungsinstitutionen. Wir begrüßen daher insbesondere, dass die EU mit China vereinbart hat, eine Cyber Task Force ins Leben zu rufen.

Über internationale Kooperation hinaus sollten Bundesnachrichtendienst und Bundeswehr Fähigkeiten aufbauen, um Bedrohungen im Cyber-Raum aufklären, einschätzen und abwehren zu können.

Wirtschaft / Soziales / Entwicklung / Umwelt

Freier Welthandel und die Grundsätze der WTO

Deutschland hat als weltweit viertgrößte Volkswirtschaft und als drittgrößte Exportnation nach China und den USA ein elementares Interesse an einem freien Welthandel und der Arbeit der Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO). Wir teilen mit allen WTO-Staaten das Bestreben, die Grundsätze des multilateralen Handelssystems zu wahren sowie den Schutz und die Erhaltung der Umwelt und die Steigerung der dafür erforderlichen Mittel zu erreichen.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die sozialen Standards, insbesondere die Kernarbeitsnormen der Vereinten Nationen, beachtet werden.

Soziale Marktwirtschaft

In vielen Ländern Asiens wächst soziale Ungleichheit. Wohlstandsgefälle sowie mangelnde wirtschaftliche Perspektiven von Teilen der Bevölkerung und zwischen Staaten bergen Konfliktpotenzial.

Das Modell der sozialen Marktwirtschaft in Verbindung mit einem demokratischen Gesellschaftsmodell hat den Menschen in Europa über Jahrzehnte hinweg Wachstum und nie gekannten Wohlstand gebracht. Wir vertreten die Auffassung, dass diese Prinzipien für die Gestaltung der aktuellen globalen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen einen hervorragenden Kompass bieten. Wir bieten daher allen asiatischen Staaten einen Dialog darüber an. Unsere eigene Geschichte zeigt: Nie war Deutschland so erfolgreich wie mit Hilfe der sozialen Marktwirtschaft in Zusammenhang mit Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Menschenrechten.

Globale Wirtschaftsordnung - Dialog mit neuen Gestaltungsmächten

Durch den „Heiligendamm-Prozess“ 2007 und die Weltfinanzkrise seit 2008 ist der Dialog mit neuen Gestaltungsmächten zu den wichtigsten Themen der globalen Wirtschaftsordnung stark intensiviert worden. China und Indien sollten gemeinsam mit den weiteren Partnern Brasilien, Mexiko und Südafrika durch den Heiligendamm-Prozess stärker im Rahmen der G20 in die Verantwortung genommen werden. In den G20 sind aus Asien neben den Industrieländern Australien, Japan und Südkorea die Schwellenländer China, Indien und Indonesien vertreten.

Transatlantische und transpazifische Partnerschaft

Angesichts des Aufstiegs Asiens und der Zunahme des Welthandels setzen wir uns dafür ein, dass die USA und Europa die Chancen engerer Kooperation im beidseitigen wirtschaftlichen Interesse nutzen. Die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Grundsätze, Standards und Normen freier Weltmärkte sind geeignet, nachhaltiges Wachstum zum Wohle aller Menschen zu fördern. Deshalb verfolgen wir das Ziel, durch eine Transatlantische Freihandelszone den transatlantischen Wirtschaftsraum zu einer transatlantischen Wirtschaftsgemeinschaft weiter zu entwickeln.

Die USA haben seit November 2009 mit ihrer Beteiligung an den Verhandlungen zu einem Trans-Pacific Partnership Agreement (TPP) eine Initiative für die engere Verflechtung mit asiatischen Partnern und regionale Wirtschaftskooperation gestartet. Gegenwärtig laufen die Verhandlungen u. a. mit Australien, Chile, Malaysia, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam. Japan, Mexiko und Kanada haben Interesse an einem Beitritt bekundet. Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des TPP hängt davon ab, welche Staaten Mitglieder und welche Regeln vereinbart werden. Im Interesse der EU ist ein Abkommen, das offen für Drittstaaten bleibt.

ASEAN - EU Beziehungen - stabile Wirtschaftsordnung fördern

Die ASEAN-Mitgliedstaaten wollen bis 2015 eine Wirtschaftsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Markt für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit schaffen. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und ASEAN steht auf einer soliden Grundlage (Programme zur Harmonisierung der Rechts- und Regulierungssysteme, Energie und Umweltschutz und zur Kooperation in den Bereichen regionale Integration, Know-How-Transfer in den Politikfeldern Energie, Ausbildung und Forschung und Minderheitenschutz).

Die Europäische Kommission hat mit den ASEAN-Staaten Singapur und Malaysia im Jahr 2010 Verhandlungen über Freihandelsabkommen aufgenommen. Ein darüber hinausgehendes EU-ASEAN Freihandelsabkommen ist im strategischen Interesse Europas und sollte langfristig verfolgt werden. Die Verbesserung der Handelsbeziehungen ist uns ein zentrales Anliegen und muss gleichzeitig auf allen Ebenen angestrebt werden.

Wirtschaftsbeziehungen mit China – ein bedeutender Handelspartner

China hat mit seinem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum gerade in Deutschland dazu beigetragen, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise abzufedern. China hat seit der Öffnung im Zeitraffer die Transformation von einer leistungsschwachen hochzentralisierten sozialistischen Planwirtschaft zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde vollzogen und dabei umfassend Marktmechanismen genutzt.

Als wichtigster Handelspartner Chinas in Europa mit etwa ein Drittel des Handelsvolumens mit der EU streben wir eine partnerschaftliche Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen an. Wir begrüßen die stabile und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Chinas und setzen uns dafür ein, dass Deutschland besonders beim Aufbau einer „Green Economy“ Unterstützung anbietet.

Indien – Potenzial der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen entfalten

Indien ist einer der wachstumsstärksten Märkte Asiens. Die deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen haben ihr volles Potenzial aber bei Weitem noch nicht entfaltet. 2008 betrug das Handelsvolumen 13 Milliarden Euro, 2011 waren es 15 Milliarden Euro. Deutschland zählt seit vielen Jahrzehnten zu den zehn wichtigsten Direktinvestoren Indiens. Wir treiben die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Indien voran. Ein wichtiger Schwerpunkt ist dabei die Zusammenarbeit im Bereich berufliche Bildung. Wichtig für weitere Auslandsinvestitionen und für das Wachstum in Indien ist es, dass Indien seine Infrastruktur vor allem bei Energie und Verkehr entschlossen ausbaut.

Für eine dringend erforderliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen verhandelt die EU den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Indien, das wir ausdrücklich unterstützen.

Hochtechnologieländer Japan, Südkorea, Singapur - Wirtschaftsbeziehungen ausbauen

Die Freundschaft mit Japan ist ein wichtiger Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik. Uns verbinden ähnliche Herausforderungen. Als führende Industrienationen sind wir gleichermaßen von Rohstoffknappheit betroffen. Dies führt zu einer exportorientierten innovativen Wirtschaftsstruktur, in die neben Großkonzernen auch zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen umfasst. Japan belegte 2011 mit 38.888 Patentanmeldungen weltweit den 2. Platz hinter den USA und vor Deutschland. Ähnlich wie Deutschland muss sich Japan auch dem demographischen Wandel stellen. Deshalb ist es notwendig, dass Deutschland und Japan ihre seit Jahrzehnten bestehende enge Freundschaft und Wertegemeinschaft weiterentwickeln und pflegen.

Die jüngsten Maßnahmen zum Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse bezeugen Japans politischen Willen und Ernsthaftigkeit, ein Freihandelsabkommen mit der EU zu beiderseitigem Nutzen anzustreben.

Ebenso sind Südkorea und Singapur enge und verlässliche Wirtschaftspartner Deutschlands. Zwischen der EU und Südkorea wird seit dem 1. Juli 2011 ein Freihandelsabkommen vorläufig angewendet. Die ersten Erfahrungen sind sehr positiv. Nichttarifäre Handelshemmnisse müssen aber noch weiter abgebaut werden. Die EU-Freihandelsverhandlungen mit Singapur sollten zügig zum Abschluss gebracht werden, um Wettbewerbsnachteile deutscher und europäischer Unternehmen in der Region abzuwenden.

Indonesien, Vietnam – Wachstumsmärkte als Chance

Indonesien und Vietnam haben am wirtschaftlichen Aufstieg Asiens der jüngeren Vergangenheit besonderen Anteil. Mit Indonesien verbindet Deutschland eine langjährige, traditionelle und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Im Juni 2012 begingen wir das 60jährige Jubiläum unserer bilateralen diplomatischen Beziehungen. Dabei zeigen gerade die jüngsten Entwicklungen eine ermutigende Entwicklung. So steht Indonesien im „Global Competitiveness Index“, der die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Staaten bewertet, auf Platz 50 von 139 Volkswirtschaften. Sein Aufstieg um zehn Plätze ist der deutlichste unter allen G20-Staaten. Seit dem Übergang Indonesiens zur Demokratie Ende der 1990er Jahre hat es große Fortschritte bei der Stabilisierung von Demokratie und Wirtschaft gegeben. Angesichts dieser positiven Veränderungen besteht die Aussicht, dass Indonesien schon bald in die Reihe der BRICS-Länder Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika aufrückt.

Mit Indonesien verbindet uns eine rege akademische Zusammenarbeit. In den vergangenen Jahrzehnten wurden rund 25.000 Wissenschaftler und Ingenieure aus Indonesien in Deutschland ausgebildet. Diese Absolventen deutscher Bildungseinrichtungen gehören zur wissenschaftlichen und auch wirtschaftlichen Spitze des Landes. Wir wollen diese wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit unserem engen Partner Indonesien weiter ausbauen.

Vietnam ist unter den sogenannten „Next Eleven“, die als aufstrebende Staaten auf einer Zwischenstufe zwischen Industrienation und Entwicklungsland stehen, das einzige Land, das in den vergangenen fünf Jahren ein Wachstum vorweisen kann, welches ähnlich hoch wie das Chinas oder Indiens ist. Wir befürworten den Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit und Wirtschaftskooperationen, wie sie in der „Hanoi Declaration“ (2011) und respektive der „Jakarta Declaration“ (2012) jeweils mit Vietnam und Indonesien jüngst durch die Bundeskanzlerin vereinbart wurden.

Staatskapitalismus - Wettbewerbsneutralität im Weltmarkt garantieren

Wettbewerb auf Drittmärkten, in denen europäische und asiatische Unternehmen tätig sind, muss auf Grundlage von Qualität und Preisen stattfinden. Doch Unternehmen asiatischer Herkunft können zum Teil mit Hilfe staatlich gestützter Exportkredite und Finanzierungsinstrumente operieren, was ihnen gegenüber europäischen Wettbewerbern Vorteile verschafft. Darüber hinaus unterliegen sie teilweise, wie es beispielsweise bei den chinesischen Staatsunternehmen der Fall ist, staatlicher Kontrolle und Förderung. Dies verzerrt kurzfristig den Wettbewerb und führt langfristig zu geringer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Wir fordern gleiche Chancen für alle Unternehmen, die im gegenseitigen Wettbewerb stehen und müssen selbst entsprechende Rahmenbedingungen setzen.

Für Staatliche Investitionsfonds (Sovereign Wealth Funds - SWFs) hat die International Working Group of Sovereign Wealth Funds die so genannten Santiago Principles als freiwillige Selbstverpflichtung erarbeitet. Diese Prinzipien zielen auf Transparenz und Wirtschaftlichkeit der Operationen von SWFs. Auch Investitionen von Unternehmen in staatlicher Kontrolle müssen sich an diese Prinzipien halten, wenn schädliche Wirkungen auf den internationalen Handel, unsere geopolitischen Interessen und auf die jeweiligen Volkswirtschaften vermieden werden sollen. Deshalb sollte die Außenpolitik Deutschlands und der EU darauf gerichtet sein, OECD-Regeln für staatlich kontrollierte Unternehmen und die Santiago Principles für SWFs zum Standard zu machen oder mit diesen Regeln vergleichbare globale Standards zu setzen. Wettbewerbsvorteile, die heimischen Unternehmen gewährt werden, müssen in gleicher Form auch ausländischen Unternehmen offenstehen.

Investitionsfreiheit – mit Rücksicht auf Schutz und Kontrolle kritischer Infrastruktur

Investitionsfreiheit gehört zur Marktfreiheit. Sie soll grundsätzlich für Unternehmen aus aller Welt in der EU gewährleistet sein. Die Ausübung dieser Freiheit kann und sollte bei Investitionen ausländischer Unternehmen in kritische Infrastrukturen aber Einschränkungen unterliegen, die zur Wahrung deutscher und europäischer Sicherheitsinteressen erforderlich sind.

Kritische Infrastrukturen sind nach der Definition der Bundesregierung Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden (u.a. öffentliche Wasserversorgung, Elektrizität oder medizinische Einrichtungen). Hier muss jedes Risiko der Unzuverlässigkeit im Krisenfall ausgeschlossen werden.

Protektionismus und Dumping

Teilweise bestehen in asiatischen Staaten Beschränkungen für den Marktzutritt durch administrative Regelungen oder der Missbrauch von Macht auf lokaler Ebene. Exklusive Verträge, welche lokale Firmen bevorzugen, müssen der Vergangenheit angehören. Wir fordern einen Abbau des sogenannten regionalen Protektionismus. Der Missbrauch von Marktmacht durch Monopole und Oligopole muss auch im eigenen Interesse verhindert werden.

Gegen Dumping-Praktiken muss die Europäische Union mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung diplomatisch und notfalls im Wege von WTO-Streitverfahren vorgehen. Wir sind der Überzeugung, dass die Anti-Dumping-Verfahren in den kommenden Jahren signifikant zurückgehen werden, wenn WTO-Standards strikt befolgt werden.

Marktzugang – offene Märkte schaffen, insbesondere bei der öffentlichen Beschaffung

Mit einem Gesamtwert von einer Billion Euro pro Jahr haben öffentliche Aufträge erhebliche Auswirkungen auf die Welthandelsströme. Allerdings sind weltweit insgesamt nur ein Viertel der Beschaffungsmärkte für den internationalen Wettbewerb geöffnet. In der EU ist die öffentliche Auftragsvergabe bereits zu 80 Prozent für Nicht-EU-Anbieter zugänglich. In China haben europäische Unternehmen nur sehr begrenzten Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Im Gegensatz zu Japan hat China das Übereinkommen über öffentliche Beschaffungen der WTO (Government Procurement Agreement, GPA) bislang nicht unterzeichnet.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Handelspartner der EU das GPA unterzeichnen und umsetzen.

Erzwungener Technologietransfer – Unternehmerische Freiheit schützen

Bilaterale Technologiepartnerschaften zwischen Unternehmen bringen in der Regel beiden Seiten Vorteile. Innovation und der Transfer von Know-How wird durch freien Wettbewerb und Marktzugang gefördert. Inzwischen verlagern Großunternehmen auch Teile ihrer Forschungs- und Entwicklungsabteilungen nach Asien, um sich den Zugang zu den kostengünstigen Talentpools Asiens zu sichern. Dadurch entstehen globale Innovationsnetzwerke.

Die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen wird von vielen asiatischen Regierungen energisch gefördert. Nicht hinnehmbar ist dabei der Zwang zum Technologietransfer, beispielsweise durch Regelungen, die den Marktzugang nur im Rahmen von Joint Ventures erlauben. Solche Regelungen müssen abgeschafft werden.

Schutz des geistigen Eigentums – Ideendiebstahl abwehren

Die Staaten Asiens bekennen sich als Mitglieder der World Intellectual Property Organization (WIPO) zu dem Ziel der Förderung des Schutzes geistigen Eigentums. Noch immer werden jedoch große Mengen gefälschter Markenartikel aus Asien an den EU-Außengrenzen abgefangen. Etwa 60 Prozent aller sichergestellten Güter haben ihren Ursprung in China. Die chinesische und die deutsche Regierung haben mehrfach Initiativen ergriffen, um den Schutz geistigen Eigentums zu stärken.

Inzwischen wird die Mehrzahl von Streitfällen über geistiges Eigentum, die vor chinesischen Gerichten verhandelt werden, zwischen chinesischen Firmen ausgetragen. Dies zeigt, dass die Bekämpfung des Diebstahls geistigen Eigentums in steigendem Maße im Interesse asiatischer Unternehmen liegt, die in Marken und Patente investieren und um den Ertrag betrogen werden.

Chance Bildung und Forschung

Asiens Märkte für Bildungsangebote bieten enorme Wachstumschancen. Deutsche Hochschulen sollten diese Chancen weitaus offensiver nutzen als bisher.

In Bildung und Forschung soll die Rolle Deutschlands als verlässlicher Partner sichtbarer werden. Die Fokussierung auf die besten Institute in Asien muss fortgesetzt werden. Dabei können Forschungskontakte unter Einbeziehung der Wirtschaft als Türöffner für Technologiekooperationen genutzt werden, um gemeinsam an Lösungen globaler Herausforderungen zu arbeiten.

Die bewährte Zusammenarbeit mit ASEAN bei Forschung und Bildung ist fortzusetzen.

Entwicklung und Armutsbekämpfung

Die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele, vor allem im Bereich der Armutsbekämpfung, hängt wesentlich von Entwicklungen in Asien ab. Gemäß dem Fortschrittsbericht der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele konnten in China fast 500 Millionen Menschen ihrer extremen Armut entrinnen. Zwei Drittel derjenigen Menschen, deren Situation die Vereinten Nationen als „Absolute Armut“ einstufen, leben dennoch weiterhin in Asien. Dies bedeutet, dass diese Menschen weniger als 1,25 Dollar pro Tag für ihre Lebensbedürfnisse zur Verfügung haben.

Während sich in einigen Ländern Asiens das Bevölkerungswachstum annähernd auf europäisches Niveau verringert hat, bleibt die demographische Entwicklung in anderen besorgniserregend hoch und verstärkt die Gefahr von Nahrungsmittelkrisen und Druck auf Rohstoffe. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Asien müssen daher Wege gefunden werden, die dieser Bevölkerungsentwicklung Rechnung tragen.

Entlang der vereinbarten Schwerpunkte der deutschen Entwicklungspolitik hat die EZ mit vielen Ländern Asiens nach wie vor ihre Bedeutung und entspricht unseren langfristigen Interessen. EZ bedeutet in den fortgeschrittenen Ländern jedoch nicht zwangsläufig finanzielle Zuschüsse. Einige asiatische Länder können Beratungsleistungen auch selber finanzieren.

China investiert mittlerweile mehr Geld in seine EZ mit Afrika, Asien und Lateinamerika als die Weltbank. Dabei bietet China Leistungen zu günstigen Bedingungen an, die nicht an die Sozial-, Umwelt-, Transparenz- und Menschenrechtsauflagen geknüpft sind. Dies steht im Widerspruch zur Entwicklungspolitik der OECD-Staaten und führt zu anhaltenden Kontroversen. Diejenigen asiatischen Länder, die zu Gebern geworden sind, müssen deshalb in den entwicklungspolitischen Konsens der internationalen Gebergemeinschaft eingebunden werden, damit ihre Maßnahmen nicht, wie es in einigen Fällen in Afrika geschehen ist, Bemühungen um gute Regierungsführung und Konfliktverhütung konterkarieren.

Ressourcen, Rohstoffe, Klima

Herausforderung Rohstoffsicherheit - bilaterale Rohstoffpartnerschaften entwickeln

Deutschland zählt zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Vor allem bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien besteht eine nahezu vollständige Importabhängigkeit. Auch Energierohstoffe müssen in großem Umfang eingeführt werden. Unser Land braucht eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Rohstoffversorgung, um Arbeitsplätze und Wachstum zu sichern.

Der weltweit steigende Bedarf an Rohstoffen, besonders in Asien, hat auf einigen Rohstoffmärkten zu starker Konkurrenz geführt. Die Konzentration der Förderung einiger wichtiger Rohstoffe auf wenige Standorte oder auch Unternehmen hat dazu geführt, dass die Rohstoffversorgung dort politisiert werden könnte, wo die Unternehmen staatlicher Steuerung unterliegen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat darum das Thema „Deutschlands und Europas Rohstoffversorgung sichern“ mit großem Nachdruck vorangetrieben. Bilaterale Rohstoffpartnerschaften wie mit Kasachstan oder der Mongolei wollen wir zum beiderseitigen Nutzen weiterentwickeln. Wir unterstützen auch den 2011 begründeten strategischen Energie- und Rohstoffdialog mit Australien.

Eine besondere Rolle als Produzent wie als Verbraucher von Rohstoffen nimmt China ein, was dem Land große weltpolitische Verantwortung gibt. Das Beispiel der zeitweiligen Verhinderung der Ausfuhr von Seltenen Erden hat die Problematik krisenhaft verdeutlicht. Premierminister Wen Jiabao hat 2010 betont, China werde Seltene Erden nicht als Verhandlungshebel benutzen, sondern trete für die nachhaltige Entwicklung der Welt ein. Daran muss China sich messen lassen.

Herausforderung Umweltschutz

Als Folge der rapiden Wirtschaftsentwicklung gehören China und Indien mit den USA und der EU inzwischen zur Gruppe der großen CO₂-Emittenten. Ihre Energiepolitik hat einen prägenden Einfluss auf das globale Klima. Dies gilt auch für Indonesien, das infolge der Abholzung seiner Wälder starken Einfluss auf die Klimaentwicklung nimmt. Hier hat Politik auf allen Ebenen einen Beitrag zum Schutz der Wälder sowie der Biodiversität zu leisten. Deutschland sollte dazu entsprechende Interessenkoalitionen mit asiatisch-pazifischen Ländern bilden.

Wir unterstützen das Zwei-Grad-Ziel. Alle Staaten, in Asien insbesondere China und Indien, müssen ebenso wie die USA die internationalen Bemühungen zur Reduzierung der Treibhausgase und zur Verminderung der Folgen des Klimawandels verstärkt vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass dazu klimafreundliche und effizienzsteigernde Technologien in Asien Verbreitung finden.

Eine Wiederholung der westlichen Industrialisierung mit den Rezepten der letzten 200 Jahre in Sachen Rohstoffnutzung und Umweltschädigung würde die Welt vor größte Probleme stellen. Wir müssen deshalb darauf hinarbeiten, dass aufstrebende Mächte in Asien die industrielle Entwicklung des Westens nicht einfach nachahmen, sondern sollten gemeinsam mit allen Ländern neue technische und regulatorische Wege entwickeln, die eine weniger umweltschädliche Wirtschaftsentwicklung ermöglicht.

Urbanisierung - Technologievorsprung nutzen, voneinander lernen

Die fortschreitende Urbanisierung bedeutet große Herausforderungen in den Bereichen Verkehr, Wasserversorgung, Stromversorgung, Abfallbeseitigung/ Gesundheit und Sozialversicherungssysteme. Europäische Städte haben hier zum Teil vorbildliche Lösungen der Stadtentwicklung gefunden. Deutsche Unternehmen können beispielhafte technologische Lösungen anbieten. Die rasant wachsenden Städte in Asien bieten die Möglichkeit, neue stadtplanerische und technische Lösungen zu erproben. Europa und Asien können hierbei gemeinsam lernen.

Gesellschaft / Bildung

Wir wollen die universellen Werte mit den Völkern Asiens teilen.

Herausforderung Werterelativismus

Wir wissen, dass der Kampf für die universellen und unteilbaren Menschenrechte in Europa über Jahrhunderte und mit furchtbaren Rückschlägen verbunden war. Wir erwarten und fordern von allen Regierungen Asiens, dass sie die universellen Werte und Normen des Völkerrechts respektieren. Als Mitglieder der Vereinten Nationen haben sich alle Staaten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verpflichtet.

Der wirtschaftliche Erfolg einiger autoritärer Staaten hat zu einer Debatte geführt, ob staatskapitalistischer Sozialismus nicht unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorzuziehen wäre. Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sowie Minderheitenschutz sind nicht exklusiv „westlich“ und geographischen oder kulturellen Räumen eigen. Ihr Wert für die Entwicklung einer Gesellschaft und ihre universelle Gültigkeit hängen weder von wirtschaftlichen, noch von geographischen oder kulturellen Gegebenheiten ab. Sie entsprechen dem universellen Wesen des Menschen, dessen Würde unantastbar ist.

Unternehmen als Träger normativer Werte

Wer wirtschaftlich erfolgreich ist, muss auch gesellschaftlich verantwortlich handeln. So sind deutsche Unternehmen zu Trägern normativer Werte geworden. Der UN Global Compact und die OECD-Richtlinien für verantwortliche Unternehmensführung legen Grundsätze für verantwortliche Unternehmensführung fest. Wir begrüßen, dass besonders viele deutsche Unternehmen sich beispielgebend mit Corporate Social Responsibility (CSR) Initiativen engagieren.

Neben den Unternehmen sollen Wissenschaft und politiknahe Stiftungen den Dialog darüber führen, wie wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung zusammenhängen.

Digitalisierung und Vernetzung – Chancen für die Bürgergesellschaft

Technischer Fortschritt und der wachsende Wohlstand, den sich viele Menschen in Asien erarbeitet haben, machen eine Vernetzung über Zeitzonen und Kontinente hinweg möglich. Noch nie in der Geschichte Europas und Asiens waren die gegenseitigen Kontakte so eng und vielfältig. Voraussetzung dafür sind interkulturelle und sprachliche Fertigkeiten und die Bereitschaft zu einem offenen Dialog auf beiden Seiten.

Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, die Vernetzung mit den Eliten in Politik, Medien, Wirtschaft und Militär in Asien gezielt zu vertiefen. Die flankierende Tätigkeit nichtstaatlicher Akteure der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, der Stiftungen, der Kirchen, der Wirtschaft und der Nicht-Regierungsorganisationen sollte hierbei auch weiter ausgebaut werden.

Bildung und Innovation

Der asiatische Raum hat sich in Forschung und Bildung zur dynamischsten Zukunftsregion der Welt entwickelt. Durch erhebliche Investitionen in Bildung und Forschung und durch eine zunehmend regionale Kooperation entwickelt sich eine dritte „Wissensweltregion“ neben Nordamerika und Europa. Deutschland sollte diese Entwicklung durch Kooperationen in Bildung und Forschung aktiv begleiten.

Die Bildungspolitik sollte dazu das Ziel setzen und durch Bildungspartnerschaften verfolgen, mit Bildungsangeboten für Eliten in allen asiatischen Ländern präsent zu sein. Diese Angebote müssen an den besten Beispielen von Mitbewerbern ausgerichtet sein. Von der Auslandsschule über Sprachunterricht und duale Ausbildung bis zum Hochschulstudium muss das deutsche Angebot im jeweiligen Land dem Spitzenstandard entsprechen.

Chance Wohlstand - Tourismus verbindet Menschen und Nationen

Der wachsende Wohlstand der Menschen in Asien ermöglicht nie gekannte Reisemöglichkeiten. Bis zum Jahr 2020 werden nach Prognosen allein etwa 100 Millionen chinesische Touristen internationale Reisen unternehmen. Für Deutschland ist es wichtig, für möglichst viele Menschen aus Asien ein attraktives Reiseziel zu sein. Es gilt vor allem, kommende Führungskräfte Asiens in ihrer Jugend für einen auch touristischen Aufenthalt in Deutschland zu gewinnen, damit sie eine persönliche Beziehung zu unserem Land aufbauen können. Die Deutsche Zentrale für Tourismus sollte Angebote für diese Zielgruppe in den Vordergrund stellen.

Wir wollen gemeinsam mit Asien in die Zukunft gehen. Dabei können wir die von Asien ausgehende Dynamik zum beiderseitigen Vorteil nutzen. Deutschlands wirtschaftliche Stärke, unser festes Wertefundament und unser starkes Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit sowie unser nachhaltiges Modell der sozialen Marktwirtschaft sind die Basis für noch engere Zusammenarbeit mit den Menschen in Asien. Als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt müssen wir uns dabei unserer Stärken vergewissern und glaubwürdig und aufrichtig in Asien auftreten. Dann können wir eine verlässliche gegenseitige Partnerschaft auf allen Politikfeldern aus- und aufbauen, unsere jeweiligen Erfahrungen zum gemeinsamen Nutzen verwenden und die Herausforderungen einer zusammenwachsenden Welt meistern.

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin